

**Vorstellung der Ergebnisse
der Magisterarbeit**

Wer trägt die Verantwortung?

**Debatten über die medizinische Versorgung von Migranten
ohne Krankenversicherung in Deutschland**

von Fiene Wolf
eingereicht beim Institut für Ethnologie und Afrikastudien
2013

Kontakt

wolf.medinetzmainz@posteo.de

Medizinische Versorgungssituation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und EU-Bürgern ohne Krankenversicherung

Die wichtigsten Entwicklungen in Deutschland ab 1990

BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
EMN Europäischen Migrationsnetzwerkes
KV Krankenversicherung

MVS Medizinische Vermittlungsstelle/n (Medinetz, Medibüro, Medizinische Flüchtlingshilfe und open.med)
MMM Malteser Migranten Medizin

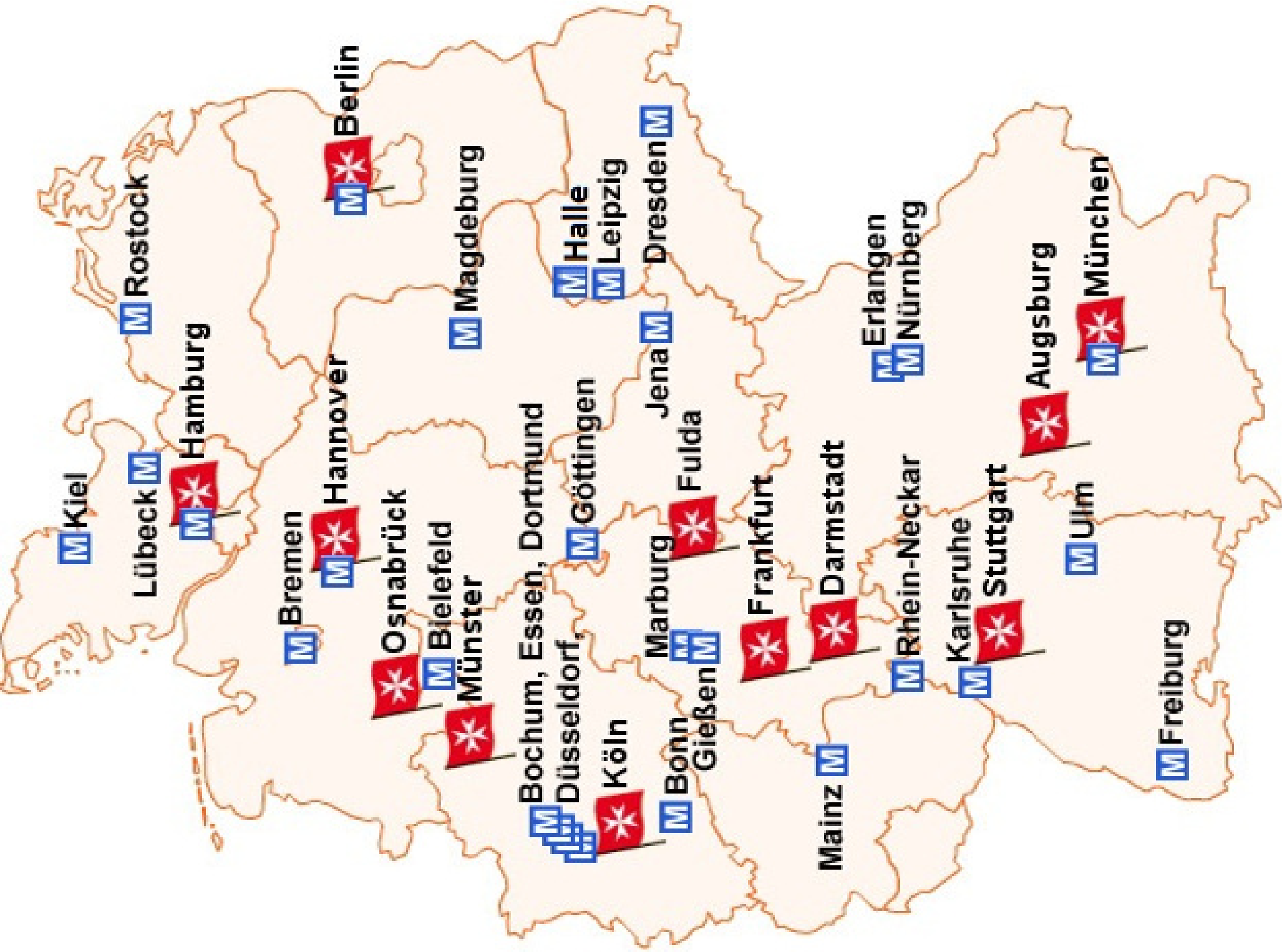
	Gesellschaft/Kirchen	Kommunen/Länder	Staat
1990			Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention mit Vorbehalt ausländerrechtlicher Bestimmungen
1992	Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen (Höhepunkt vermehrter fremdenfeindlicher Ausschreitungen)		Asylkompromiss: Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl, sichere Dritt- und Herkunftsstaaten, Flughafenregelung
1994		Eröffnung der ersten MVS in Hamburg MVS in Göttingen	
1995	Erklärung der deutschen Bischofskonferenz zu Entwicklungen in der Flüchtlings- und Asylpolitik mit Stellungnahme zu Menschen ohne Papiere Botschaft von Papst Johannes Paul II. zu Menschen ohne Aufenthaltsstatus am Welttag der Migranten		
1996		MVS in Berlin	
1997	Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg zu Migranten in irregulären Situationen mit Dokumentation der Beiträge (epd Frankfurt a.M. 1998) Erste Publikation der katholischen Kirche zur Lage von Menschen ohne Aufenthaltsstatus und Positionierung der kath. Kirche (Erzbischöfliches Ordinariat 1997) Gründung des bundesweiten Netzwerkes „kein mensch ist illegal“	MVS in Bochum	Frankfurt: Einrichtung einer Roma-Sprechstunde im Gesundheitsamt

1998	<p>Eröffnung Beratungscafé Café 104 in München (gegründet vom Flüchtlingsrat München zur medizinischen und rechtlichen Beratung von Papierlosen)</p> <p>Erklärung des Weltärztebundes zur Behandlungspflicht der Ärzte unabhängig vom Status und Pflicht der Regierungen, das Recht auf med. Behandlung nicht einzuschränken</p> <p>IV. Internationaler Kongress der Seelsorge für Migranten und Flüchtlinge im Vatikan mit Schwerpunktthema Rechte von Papierlosen</p>	<p>MVS in Hannover MVS in Freiburg</p>		
1999	<p>erste Studie zur Lebenssituation von Papierlosen in Leipzig (Alt 1999) im Auftrag des Jesuiten Flüchtlingsdienstes</p> <p>Erklärung der Freien Wohlfahrtspflege, ihre Hilfe unabhängig vom Status anzubieten und Kriminalisierung der Helfer entgegen zu wirken („Zur rechtlichen Situation der Ausländer ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland“)</p>	<p>MVS in Bremen MVS in Nürnberg</p>		
2000	<p>Petition vom Jesuiten-Flüchtlingsdiensten und weiteren Mitunterzeichnern aus kirchlichen Organisationen und Wissenschaft (u.a. Forderungen nach Gewährleistung medizinischer Mindeststandards für Papierlose)</p>			
2001	<p>Handreichung der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz zur humanitären und pastoralen Herausforderungen für Menschen in der Illegalität</p> <p>Verkündung einer die humanitären Aspekte betonende Resolution zum Problem der aufenthaltsrechtlichen Illegalität und Publikation des Sammelbandes „Integration und Illegalität in Deutschland“ des Rates für Migration e.V. (RfM) (Bade 2001)</p>	<p>Eröffnung der ersten MMM in Berlin</p>	<p>Frankfurt: Einrichtung der Afrikasprechstunde im Gesundheitsamt</p>	
2003	<p>Studie zur Lebenssituation von Papierlosen in München im Vergleich zu Leipzig (Alt 2003) im Auftrag des Jesuiten Flüchtlingsdienstes</p>	<p>MVS in Bonn</p>	<p>München: Studie zur Lebenssituation von Papierlosen in München (Anderson 2003) im Auftrag der Stadt; die darin enthaltenen Empfehlungen werden vom Stadtrat zustimmend verabschiedet (Beginn des „Münchener Modells“)</p> <p>Berlin: Studie zu Papierlosen in Berlin auf Grundlage einer 1999 durch die Stadt in</p>	

			Auftrag gegebene Expertise (Alscher et al. 2003)	
2004	Gründung des katholischen Forums Leben in der Illegalität, seit 2005 einmal jährlich Jahrestagung			Empfehlungen der Süssmuth-Kommission zur Gestaltung einer liberaleren Einwanderungspolitik und verbesserten Rechtssicherheit für humanitäre Helfer von Menschen ohne Aufenthaltsstatus werden vom Deutschen Städtetag weitgehend abgelehnt
2005	„Manifest Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion“ mit 400 Unterzeichnern aus Politik, Kirche, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft erstmalig Forderung des Deutschen Ärztetags an die Regierung Rechtssicherheit für behandelnde Ärzte, Aufhebung der Übermittlungspflichten und Kostenregelungen für die med. Versorgung von Papierlosen zu schaffen (erneut ähnliche Forderungen 2006, 2007, 2008, 2010 und 2011)	MMM in Köln MVS in Dresden		Ablösung des Ausländergesetzes durch das neue Zuwanderungsgesetz (u.a. AsylbLG und AufenthG) mit restriktiven ausländerrechtlichen Bestimmungen und Meldepflichten Regierungskoalition beschließt Prüfauftrag „Illegalität“ zum Thema illegale Migration
2006	Studie zur Lebenssituation von Papierlosen in Frankfurt a.M. (Krieger et al. 2006) im Auftrag Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt a.M. und Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.	MVS in München (Kooperation mit Café 104) MVS in Gießen MVS in Mainz MMM in München MMM in Darmstadt	Göttingen: Stadt und Landkreis stellen der MVS Göttingen bis 2011 jährlich 5.000 Euro und ab 2012 jährlich 12.000 Euro zur Verfügung	Forschungsstudie „Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland. Staatliche Ansätze, Profil und soziale Situation“ (Sinn et al. 2006) der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerkes im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
2007	Bericht der Bundesarbeitsgruppe Gesundheit/Illegalität mit Vorschlägen für politische Lösungsmodelle (BAG 2007)	MMM in Hamburg MMM in Hannover MMM in Münster MVS in Marburg MVS in Heidelberg/Mannheim	Köln: Studie zu Menschen ohne Papiere in Köln (Bommes und Wilmes 2007) im Auftrag des »Runden Tisches für Flüchtlingsfragen« der Stadt Der Deutsche Städtetag lehnt die Empfehlungen zur Einschränkung der gesetzl. Übermittlungspflichten (auf Initiative von München) ab	Sozialversicherungspflicht für alle mit Wohnsitz in Deutschland Bericht des Bundesministeriums des Innern zum Prüfauftrag „Illegalität“ (BMI 2007), in dem kein Handlungsbedarf erkannt wird
2008	erstmalig Einrichtung einer gewerkschaftlichen Anlaufstelle für Menschen ohne Aufenthaltspapiere (von ver.di in Hamburg)	MMM in Osnabrück MVS in Karlsruhe MVS in Bielefeld MVS in Düsseldorf Erstes der jährlichen bundesweiten Treffen der MVS	Frankfurt: Zusammenlegung der Roma- und Afrikasprechstunde im Gesundheitsamt zur „Internationale Humanitäre Sprechstunden“, Erweiterung der Zielgruppe Bremen: Umfrage bei Arztpraxen zur Behandlung von Menschen ohne Papiere durch das Medinetz Bremen in Kooperation mit dem Gesundheitsamt (Wiesner et al. 2008)	

2009	<p>Positionspapier der Freien Wohlfahrtspflege: „Menschen in der aufenthaltsrechtlichen Illegalität in Deutschland“</p> <p>Studie zur Lebenssituation von Papierlosen in Hamburg (Diakonisches Werk Hamburg, 2009) im Auftrag des Diakonischen Werks Hamburg in Kooperation mit der Nordelbischen Kirche und ver.di</p>	<p>MVS in Erlangen MVS in Essen MVS in Leipzig MVS in Rostock MVS in Kiel MVS in Ulm MVS in Magdeburg</p>	<p>München: Einrichtung eines städt. Fonds von jährlich 100.000 Euro für die MVS und MMM zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne KV</p> <p>Bremen: Einrichtung der Humanitären Sprechstunde im Gesundheitsamt zur Versorgung von Migranten ohne KV und Papierlosen</p>	<p>AVV zum AufenthG: Rechtssicherheit für Helfer; Klarstellung der Einschränkung der Übermittlungspflicht §§ 87, 88 AufenthG</p>
2010	<p>Informationsflyer der Bundesärztekammer für Ärzte über Behandlung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus</p> <p>Studie über Menschen ohne Aufenthaltsrecht in Schleswig-Holstein (Krope und Volk 2010) im Auftrag des Diakonischen Werks SH in Kooperation mit dem Flüchtlingsbeauftragten des Landes SH, der Menschenrechts- und Flüchtlingsbeauftragten der Nordelbischen Kirche und Vertreterinnen des Netzwerkes NISCHE</p>	<p>MMM in Frankfurt MMM in Stuttgart</p>	<p>München: Publikation der Stadt als Antwort auf die Studie (Anderson 2003): „Wir haben Sie nicht vergessen...“ 10 Jahre Umgang mit Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in der Landeshauptstadt München“ (Stelle für interkulturelle Arbeit der LH München / Sozialreferat 2010)</p> <p>Nürnberg: Caritas Straßenambulanz wird von Stadt gefördert Menschen ohne KV zu versorgen, Gesundheitsamt koordiniert medizinische Hilfe zwischen MVS, Sozialamt und Caritas Straßenambulanz, Stadt finanziert über städtische Stiftung einen kleinen Notfallfonds</p> <p>Karlsruhe: Stadt stellt der MVS jährlich 10.000 für Behandlung und Bürokosten (Miete, Telefon) zur Verfügung</p>	<p>Rücknahme des Vorbehalts ausländerrechtlicher Bestimmungen und damit volle Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesregierung</p>
2011	<p>Erstmals Thematisierung der medizinischen Versorgungssituation von EU-Bürgern auf dem Deutschen Ärztetag</p>	<p>MMM in Augsburg MVS in Dortmund MVS in Jena</p>	<p>Köln: Die Stadt stellt 60.000 Euro für die Beratung und gesundheitliche Versorgung Papierloser zur Verfügung</p> <p>Wiesbaden: Einrichtung einer Humanitären Sprechstunde (Stadt Wiesbaden in Kooperation mit dem Diakonischen Werk)</p>	<p>Änderung des AufenthG: aufenthaltsrechtliche Übermittlungspflicht nach § 87 AufenthG wird für Schulen, Bildungs- und Erziehungseinrichtungen aufgehoben (nicht für medizinische Einrichtungen)</p>
2012		<p>MVS in Lübeck</p>	<p>Hamburg: Einrichtung einer Clearingstelle zur medizinischen Versorgung von Ausländern im Flüchtlingszentrum (Notfallfonds 500.000 Euro von der Stadt, Laufzeit 3 Jahre)</p> <p>Rheinland-Pfalz: landesweite Kostenübernahme von Impfungen für Kinder ohne KV (EU-Bürger) und Kinder ohne Aufenthaltsstatus durch das</p>	<p>Studie „Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration“ der deutschen nationalen Kontaktstelle im BAMF für das EMN als Teilbericht zu einer europäisch-vergleichend angelegten Studie (Schneider 2012)</p> <p>Fachtag in Berlin zur Gesundheitsversor-</p>

		Sozialministerium	gung von Papierlosen und EU-Bürgern ohne KV; Veranstalter: die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
--	--	-------------------	---



M Medizinische Vermittlungsstelle



Malteser Migranten Medizin

Medizinische Vermittlungsstellen in Deutschland

1994	Medibüro Hamburg	2007	Medinetz Rhein-Neckar e.V.
1994	Medizinische Flüchtlingshilfe Göttingen e.V.	2008	Medinetz Karlsruhe
1996	Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin	2008	Medizinische Flüchtlingshilfe Bielefeld e.V.
1997	Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum	2008	MediNetz Düsseldorf
1998	MediNetz Hannover	2009	Medizinische Flüchtlingshilfe Erlangen
1998	Medinetz Freiburg	2009	Medinetz Essen e.V.
1998	Café 104 München	2009	Medinetz Leipzig
1999	MediNetz Bremen	2009	Medinetz Rostock e.V.
1999	Medizinische Flüchtlingshilfe Nürnberg	2009	Medibüro Kiel
2003	MediNetzBonn e.V.	2009	MediNetz Ulm
2005	Medinetz Dresden e.V.	2009	Medinetz Magdeburg
2006	open.med München	2011	Medinetz Dortmund
2006	Medinetz Gießen	2011	Medinetz Jena
2006	Medinetz Mainz e.V.	2012	Medibüro Lübeck
2007	Medinetz Marburg	2013	Medinetz Halle

Anzahl der vermittelten Patienten von 26 Medizinischen Vermittlungsstellen im Jahr 2012

vermittelte Patienten	Med. Vermittlungsstellen	Insgesamt
5 – 50	12	60 - 600
50 – 100	7	350 - 700
100 – 300	2	200 - 600
300 – 500	1	300 - 500
800 – 1000	1	800 - 1000
74	1	74
800 – 1000	1	800 - 1000
1500	1	1500
keine Angaben	(2)	-
Minimal – Maximal	26	4084 - 5774
Durchschnitt	26	4929
Mittelwert	1	190

Ergebnis der Fragebögen an Initiativen, die medizinische Hilfe für Migranten ohne Krankenversicherung vermitteln

**Abfrage im Zeitraum Mai-Juli 2012. Insgesamt 29 Fragebögen aus 28 Städten (2 Anlaufstellen in München). Wenn nicht gesondert angemerkt, sind die Ergebnisse aus allen 29 Fragebögen dargestellt.*

** Mehrfachangaben möglich*

Name der Vermittlungsstelle: Medinetz, Medibüro, Medizinische Flüchtlingshilfe, open.med, Café 104

Stadt: 28 Städte

Gründungsjahr:1994-2012

Gegründet durch/im Rahmen von: 9 IPPNW-Studierendengruppe sonstiges: 20 als antirassistische Projekte (6 davon durch Medizinstudierende, 14 gemischt)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mehrheitlich:

11 Medizin-Studierende 18 gemischt und zwar: Medizinstudierende, Studierende der Sozialwissenschaften, Angehörige medizinischer Berufe u.a.

Vermittelte Patientinnen und Patienten im letzten Jahr (2011):

12 5-50 7 50-100 2 100-300 1 300-500
1 800-1000 1x 74 1x 800 1x 1500

2 keine Angaben (beides kleinere Großstädte von ca. 500.000 Einwohnern)

1 keine Angabe für 2011 möglich, weil das Angebot noch zu jung ist

.....
(folgende Angaben werden anonymisiert ausgewertet:)

1. Wie viele von den Patientinnen und Patienten, die ihr letztes Jahr vermittelt habt, waren EU-Staatsangehörige?

4 keine (davon haben 2 erst 2011/2012 eröffnet, 1 haben generell nur sehr wenige Patienten und Café 104 in München berät nur Menschen ohne Papiere)

8 wenige 10 ca. die Hälfte 3 mehr als die Hälfte 2 der überwiegende Anteil

2 keine Angabe

2. Der Anteil an vermittelten EU-Bürgerinnen und -Bürgern hat seit der EU-Osterweiterung 2007 beziehungsweise in den Jahren danach...

1 abgenommen 1 ist gleich geblieben 17 zugenommen

8 fehlt der Vergleich (weil noch zu jung)

1 Zunahme bis 2011, dann abgenommen wegen neuem städtischen Angebot

1 keine Angabe

3. Welche sind die Hauptherkunftsländer der EU-Bürger und der Nicht-EU-Bürger, die ihr letztes Jahr beraten habt? (Reihenfolge absteigend) *

7 wissen wir nicht 3 keine Angaben

von 19 Antworten folgende Nennungen:

EU-Bürger: 1. Rumänien (13)
 2. Bulgarien (12)
 3. Polen (2)

Nicht- EU-Bürger:
1. Türkei (6)
2. Serbien, Afghanistan, Kosovo
(jeweils 5)
3. Marokko, Irak (jeweils 3)

außerdem:

Afrikanische Länder südl. der Sahara (13), Lateinamerika (3), Slowakei (2), Vietnam (2), Iran, Libanon, Albanien, Ex-Jugoslawien, Algerien, Syrien, Lettland, Litauen, Tschechien, Ungarn, Philippinen, Mongolei, Deutschland (1)

4. Begleitet ihr die Patientinnen und Patienten...

zu Ärztinnen und Ärzten: 7 nein 8 selten 6 gelegentlich 7 oft
1 keine Angaben

ins Krankenhaus: 4 nein 8 selten 10 gelegentlich 6 oft
1 keine Angaben

zu Beratungs- und Hilfestellen: 12 nein 7 selten 8 gelegentlich 2 oft

zu Behörden: 9 nein 10 selten 6 gelegentlich 4 oft

5. Führt ihr Patientenstatistiken?

3 nein 18 ja, aber nur für den internen Gebrauch

8 ja, auch für die Öffentlichkeit

6. Besteht eine Kooperation mit einer Klinik? *

10 nein 19 ja, und zwar zur Durchführung von Entbindungen

ja, und zwar folgende: 5 von den 19 trafen über Entbindungen hinaus noch weitere Absprachen mit Kliniken

7. Besteht regelmäßiger Kontakt zu einer Einrichtung der Malteser Migranten Medizin?

- 25 nein 3 ja, zur Patientenvermittlung
1 ja, zur politischen Zusammenarbeit
1 ja zum Erfahrungs- und Wissensaustausch
0 ja, für sonstiges: _____

8. Besteht Kontakt zu anderen Einrichtungen/Stellen/Initiativen zum Zweck der medizinischen Versorgung eurer Patientinnen und Patienten?

- 5 nein 22 ja, und zwar: Migrationsberatungsstellen,
Familienplanungszentren, öff. Gesundheitsdienst, Rechtsberatung,
Flüchtlingsrat, Sozial- und Beratungsdienste (Diakonie, Caritas, AWO
etc.), weitere Hilfsorganisationen und Obdachlosendienste
2 keine Angaben

9. Seid ihr schon einmal mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik in Kontakt getreten? *

- 1 nein 2 keine Angaben

26 ja, zum Zweck...

- | | | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|--|---|
| uns vorzustellen: | 13 <input type="checkbox"/> Parteien | 18 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 6 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| der Zusammenarbeit: | 12 <input type="checkbox"/> Parteien | 14 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 6 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| Klärung rechtlicher Fragen: | 5 <input type="checkbox"/> Parteien | 11 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 6 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| politischer Forderungen unsrerseits: | 12 <input type="checkbox"/> Parteien | 17 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 12 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| Bitte um Unterstützung: | 7 <input type="checkbox"/> Parteien | 11 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 3 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| Erhalt v. Preisen, Ehrungen, usw.: | 3 <input type="checkbox"/> Parteien | 8 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 5 <input type="checkbox"/> Landesregierung |
| Sonstiges und zwar: _____ | 0 <input type="checkbox"/> Parteien | 0 <input type="checkbox"/> Stadtregierung | 0 <input type="checkbox"/> Landesregierung |

10. Stellt bei euch die Stadt oder das Land Gelder/Personal/Infrastruktur für die Versorgung von Migranten ohne Krankenversicherung zur Verfügung? *

*aus 28 Städten

15 stellen Stadt und Land nichts zur Verfügung
in 11 Fällen folgende Angebote:

- | | | | |
|---|---------------------------------|--|---|
| Impfungen: | <input type="checkbox"/> nein 8 | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | 3 <input type="checkbox"/> ja, das Land |
| U-Untersuchungen: | <input type="checkbox"/> nein 1 | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | 3 <input type="checkbox"/> ja, das Land |
| Schwangerenvorsorge: | <input type="checkbox"/> nein 1 | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | 1 <input type="checkbox"/> ja, das Land |
| zahnärztliche Versorgung: | <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | <input type="checkbox"/> ja, das Land |
| medizinische Grund- oder Notversorgung: | <input type="checkbox"/> nein | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | 1 <input type="checkbox"/> ja, das Land |
| Sonstiges und zwar: _____ | | <input type="checkbox"/> ja, die Stadt | <input type="checkbox"/> ja, das Land |

2 keine Angaben

11. Wie lange gilt in eurem Bundesland die Duldung für Schwangere ohne Aufenthaltsberechtigung?

*aus 28 Städten

1x: 4 Wochen vor und 6 Wochen nach Entbindung
2x: 6 „ 6 „
9x: 6 „ 8 „
1x: 6 „ 12 „
1x: 12 „ 8 „
3x: 12 „ 12 „
2x: 12 „ 24 „

1x: unterschiedlich 8 wissen wir nicht

12. Empfiehlt ihr schwangeren Patientinnen ohne Aufenthaltsstatus für den Zeitraum der Entbindung in den Duldungsstatus zu gehen?

3 nein 11 ja 6 wir sind uns unsicher und geben keine Empfehlungen
8 Einzelfallentscheidung oder Weiterleitung an Rechtsberatung
1 keine Angaben

13. Habt ihr das Gefühl euer Angebot wird von den Patientinnen und Patienten „missbraucht“?

18 nein 9 selten 2 gelegentlich 0 oft

14. Werden in eurer Stadt bei dem Abrechnungsvorgang zwischen Krankenhaus und Sozialbehörde die Daten der Patienten geschützt?

*aus 28 Städten

9 nein 6 ja (davon in drei Städten Schwierigkeiten bei der Umsetzung, z.B. wegen schwieriger Bedürftigkeitsprüfung)
7 wissen wir nicht, weil wir keine Anfrage gestellt haben
6 wir haben gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten

15. Habt ihr eine Stellungnahme eurer Stadt zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift?

*aus 28 Städten

10 nein 9 ja 5 wissen wir nicht, weil wir keine Anfrage gestellt haben
1 keine Angabe 3 wir haben gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten

16. Die gefühlte Akzeptanz eurer Vermittlungsstelle in eurer Stadt ist...

seitens der Städtevertreter: 20 gut 5 ambivalent 0 schlecht 3 wissen wir nicht
1 keine Angabe

seitens der Bevölkerung: 12 gut 8 ambivalent 0 schlecht 8 wissen wir nicht
1 keine Angabe

seitens der Medien: 22 gut 2 ambivalent 0 schlecht 4 wissen wir nicht
1 keine Angabe

17. Habt ihr als Vermittlungsstelle schon einmal Probleme mit der Polizei oder sonstigen Sicherheitsbeauftragten eurer Stadt gehabt?

*aus 28 Städten

25 nein 3 ja 1 ein Anruf auf dem Handy und Nachfrage wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt, 1 Patient abgefangen nach der Sprechstunde. Polizeichef wurde dann aber von der Stadt zu-recht gewiesen und es blieb bei einem einmaligen Vorfall. 1 Anklage wegen Beihilfe und Schlepperei, die aber fallengelassen wurde

18. Fühlt ihr euch in eurer Arbeit überfordert?

7 nein 1 selten 16 manchmal 5 oft

19. Erhaltet ihr Anerkennung für eure Arbeit, z.B. in Form von Preisen, Ehrungen oder öffentlichen Spenden?

2 nein

in 27 Städten:

ja, von staatlicher Seite: 10 selten 5 gelegentlich 1 oft

ja, von nichtstaatlichen Organisationen, Unternehmen, Stiftungen, usw.:

9 selten 12 gelegentlich 3 oft

ja, durch anerkennende Berichterstattung in den Medien über unsere Initiativen:

5 selten 14 gelegentlich 6 oft

20. Trägt sich eure Initiative allein durch Spendengelder und Ehrenamt?

22 ja nein, die Stadt beteiligt sich: personell 2 infrastrukturell 4 finanziell
nein, wir kriegen Unterstützung von: 3 Stiftungen

21. Fordert ihr in eurer politischen Lobbyarbeit aktiv den „Anonymen Krankenschein“?

17 ja 5 nein, wir haben uns mit dem Konzept noch nicht beschäftigt
7 nein, wir kennen das Konzept, aber fordern es nicht

22. Gibt es Besonderheiten bei der Versorgung von Migranten ohne Krankenversicherung in eurer Stadt, die ihr mir gerne noch mitteilen möchtet?

Elf Antworten, die hier nicht dargestellt werden.

Malteser Migranten Medizin

2001	Berlin	2007	Hamburg
2005	Köln	2007	Hannover
2006	München	2008	Stuttgart
2006	Frankfurt	2008	Osnabrück
2006	Darmstadt	2009	Augsburg
2007	Münster	2012	Fulda

Anzahl und Aufenthaltsstatus der Patienten von 10 Malteser Migranten Medizin im Jahr 2011

Stadt	Anzahl Patienten	Menschen o. Aufenthaltsstatus	EU- Bürger	Deutsche
Osnabrück	57	11 %	84 %	5 %
Augsburg	60	13 %	67 %	3 %
Stuttgart	96	9 %	75 %	16 %
Münster	155	7 %	36 %	18 %
Hamburg	204	60 %	30 %	10 %
Frankfurt	433	43 %	23 %	8 %
Darmstadt	748	24 %	25 %	17 %
Hannover	890	39 %	56 %	5 %
Köln	1200	15 %	77 %	8 %
Berlin	8600	54 %	43 %	3 %
(München)	(830 Behandlungen)	(30 %)	(47 %)	(11 %)
gesamt	12.443	Ø 28 %	Ø 52 %	Ø 9 %

Anmerkung: In München wurden keine Patientenzahlen, sondern Behandlungszahlen erhoben.

Ergebnis der Fragebögen an Einrichtungen der Malteser Migranten Medizin

Abfrage im Zeitraum Juli-August 2012. Insgesamt 11 Fragebögen aus 11 Städten. Informationen über die Malteser Migranten Medizin in Fulda liegen wegen ihres Gründungsdatums nach dem Befragungszeitraum im November 2012 nicht vor.

* Mehrfachangaben möglich

1. Name der Vermittlungsstelle: Malteser Migranten Medizin

2. Stadt: 11 Städte

3. Gründungsjahr: 2001 bis 2010

4. Wieso fiel die Auswahl der Einrichtung einer MMM auf Ihre Stadt?

1 Engagement der Diözese der Malteser

8 weil ein Bedarf erkannt wurde (2 als Reaktion auf eine Studie, 1 als Reaktion auf Bitte des städtischen Beauftragten für Migranten)

1 keine Angabe

5. Wie viele Personen arbeiten fest angestellt, wie viele Stunden pro Woche (Vollzeit/Teilzeit?) und finanziert durch welche Gelder?

4 keine Angestellten

5 Angestellte vorhanden

- 1x 6h/Woche gebunden
- 2x 400 €-Basis, je ca. 10h/Woche
- 1x Leiterin 5,5h/Woche (finanziert durch die Stadt), 1x Sozialpädagogin 5,75h/Woche, 1x Projektleitung 20h/Woche
- 1x 4h/Woche (ca. 10% der Wochenarbeitszeit)
- 1x hauptamtliche Kraft (20%), 1 FSJ

2 keine Angaben

6. Wie viele ehrenamtlich arbeitenden Personen betätigen sich regelmäßig bei Ihrer MMM?

Ärztinnen und Ärzte: 2x15 Ärzte, 2x6, 3x5, 1x4, 2x3, 1x1

Sonstige (z.B. Sozialarbeiter...): 1x 7 ehrenamtliche Helfer

1x 6

3x 1

1x 4 Sprechstundenhelfer u. 1 Sozialarbeiterin

1x 1 Krankenschwester, 1 Sprechstundenhilfe und 2-3 Medizinstudenten

1x 1 Hebamme und 1 Praktikantin

1x eine Sprechstundenhilfe und ein Koordinator

1x keine Helfer

1x keine Angabe

7. Wie groß ist ungefähr das Netzwerk an Ärzten, zu denen Sie die Patienten vermitteln?

4x 20-50

4x 55-100

1x 134

1x alle Fachärzte der Stadt auf Anfrage

1x keine Angabe

8. Anzahl der behandelten und vermittelten Patienten im letzten Jahr (2011):

55-60, 60, 96, 155, 204, 433, 748, 830 Behandlungen, 890, 1200, 8600

- Davon Menschen ohne Aufenthaltsstatus: 7%, 9%, 11%, 13%, 15%, 24%, 30%, 39%, 43%, 54%, 60%
- Davon Bürger der Europäischen Union: 23%, 25%, 30%, 36%, 43%, 47%, 56%, 67%, 75%, 77%, 84%
- Davon Deutsche: 3%, 3%, 5%, 5%, 8%, 8%, 10%, 11%, 16%, 17%, 18%

9. Der Anteil an vermittelten EU-Bürgern hat seit der EU-Osterweiterung 2007 beziehungsweise in den Jahren danach...

0 abgenommen

0 ist gleich geblieben

11 zugenommen

10. Welche sind die Hauptherkunftsländer der EU-Bürger (Europäische Union) und der Nicht-EU-Bürger (geographisches Europa, Afrika, Asien, Australien, Nord- u. Südamerika), die Sie letztes Jahr versorgt und beraten haben? (Reihenfolge absteigend) *

EU-Bürger: 1. Rumänien (10)

2. Bulgarien (8)

3. Polen (7)

Nicht- EU-Bürger: 1. GUS-Staaten (5)

2. Afrika ohne arabische Länder (10)

3. ehemaliges Jugoslawien (7)

außerdem:

Asien (5), Lateinamerika (4), Marokko (1), Lettland (1), Slowakei (1)

11. Begleiten Sie die Patienten...

...zu Ärztinnen und Ärzten: 9 nein 1 selten 1 gelegentlich 0 oft

...ins Krankenhaus: 7 nein 2 selten 1 gelegentlich 1 oft

...zu Beratungs- und Hilfestellen: 6 nein 2 selten 2 gelegentlich 1 oft

...zu Behörden: 5 nein 3 selten 2 gelegentlich 1 oft

12. Besteht eine Kooperation mit einer oder mehreren Kliniken? *

2 nein 6 ja, und zwar zur Durchführung von Entbindungen

8 ja, und zwar folgende:

2 stationäre Aufenthalte,

1 Wundversorgung, Labor, Röntgen

1 Chirurgie, Gynäkologie, Innere Medizin im angegliederten Krankenhaus
 1 für Notfallbehandlungen
 1 Röntgen, Ultraschall und einige Spezialambulanzen: Endokrinologische Chirurgie, Augenheilkunde, Chirurgie, Gefäßkrankheiten
 1 zur ambulanten Versorgung, Labor, Apotheke
 1 Labor, fachärztl. Untersuchungen, stationäre Behandlungen, Krankenhausapotheke

13. Zu welchen staatlichen und nichtstaatlichen Anlaufstellen, Organisationen oder Anwälten haben Sie regelmäßig Kontakt? Zu welchem Zweck? *

7 Caritas, 4 Diakonie, 4 Frauen- und Familienberatungsstellen (ProFamilia, Solwodi, Sozialdienst katholischer Frauen...)
 4 Migrations- und Flüchtlingsdienste (Pro Asyl, AWO ...)
 7 städtische Behörden (Sozialamt, Jugendamt, Ausländerbehörde...)
 4 Gesundheitsamt
 1 Ärztekammer
 1 Studentenwerk

14. Sind Sie schon einmal mit Vertretern der Politik in Kontakt getreten? *

nein

ja, zum Zweck...

uns vorzustellen:	5 <input type="checkbox"/> Parteien	9 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	3 <input type="checkbox"/> Landesregierung
der Zusammenarbeit:	3 <input type="checkbox"/> Parteien	8 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	1 <input type="checkbox"/> Landesregierung
Klärung rechtlicher Fragen:	3 <input type="checkbox"/> Parteien	5 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	1 <input type="checkbox"/> Landesregierung
politischer Forderungen unsrerseits:	2 <input type="checkbox"/> Parteien	1 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	1 <input type="checkbox"/> Landesregierung
Bitte um Unterstützung:	4 <input type="checkbox"/> Parteien	4 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	2 <input type="checkbox"/> Landesregierung
Erhalt v. Preisen, Ehrungen, usw.:	2 <input type="checkbox"/> Parteien	4 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	1 <input type="checkbox"/> Landesregierung
Sonstiges und zwar: _____	0 <input type="checkbox"/> Parteien	0 <input type="checkbox"/> Stadtregierung	0 <input type="checkbox"/> Landesregierung

15. Stellt bei Ihnen die Stadt oder das Land Gelder/Personal/ Infrastruktur für die Versorgung von Migranten ohne Krankenversicherung zur Verfügung? *

5 stellt die Stadt nichts zur Verfügung
 8 stellt das Land nichts zur Verfügung

Impfungen:	<input type="checkbox"/> nein	5 <input type="checkbox"/> ja, die Stadt	2 <input type="checkbox"/> ja, das Land
U-Untersuchungen:	<input type="checkbox"/> nein	1 <input type="checkbox"/> ja, die Stadt	<input type="checkbox"/> ja, das Land
Schwangerenvorsorge:	<input type="checkbox"/> nein	2 <input type="checkbox"/> ja, die Stadt	1 <input type="checkbox"/> ja, das Land
zahnärztliche Versorgung:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, die Stadt	<input type="checkbox"/> ja, das Land
medizinische Grund- oder Notversorgung:	<input type="checkbox"/> nein	2 <input type="checkbox"/> ja, die Stadt	2 <input type="checkbox"/> ja, das Land
Sonstiges und zwar: _____		<input type="checkbox"/> ja, die Stadt	<input type="checkbox"/> ja, das Land

16. Wie lange gilt die Duldung für Schwangere ohne Aufenthaltsberechtigung in Ihrem Bundesland?

3x: 6 Wochen vor und 8 Wochen nach Entbindung

2x: 12 „ 12 „

1x: 20 „ 20 „

4 wissen wir nicht 1 keine Angabe

17. Empfehlen Sie schwangeren Patientinnen ohne Aufenthaltsstatus für den Zeitraum der Entbindung in den Duldungsstatus zu gehen?

1 nein 5 ja 3 wir sind uns unsicher und geben keine Empfehlungen

1 wir lassen dies vom Migrationsdienst prüfen

1 je nach Lage

18. Besteht in Ihrer Stadt für Menschen, die in der Illegalität gebären, eine Möglichkeit die Geburtsurkunde ihres Kindes zu erhalten, ohne Gefahr zu laufen, abgeschoben zu werden?

1 nein 6 ja 4 wissen wir nicht

19. Haben Sie das Gefühl Ihr Angebot wird von den Patienten „missbraucht“?

1 nein 4 selten 6 gelegentlich 0 oft

(1 Anmerkungen zu „selten“: problematisch sind Besucher (z.B. Afrika), die hier Verwandte haben und hoffen hier behandelt werden zu können)

20. Werden in Ihrer Stadt bei dem Abrechnungsvorgang zwischen Krankenhaus und Sozialbehörde die Daten der Patienten geschützt?

0 nein 7 ja 3 wissen wir nicht, weil wir keine Anfrage gestellt haben

1 wir haben gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten

(1 Anmerkung zu „ja“: wir gehen davon aus, da wir nichts Gegenteiliges gehört haben)

21. Haben Sie eine Stellungnahme Ihrer Stadt zur Allgemeinen Verwaltungsvorschrift?

3 nein 6 ja 1 wissen wir nicht, weil wir keine Anfrage gestellt haben

0 wir haben gefragt, aber bisher keine Antwort erhalten

1 keine Ahnung

22. Die gefühlte Akzeptanz der MMM in Ihrer Stadt ist ...

seitens der Städtevertreter: 9 gut 2 ambivalent 0 schlecht 0 wissen wir nicht

seitens der Bevölkerung: 8 gut 2 ambivalent 0 schlecht 1 wissen wir nicht

seitens der Medien: 11 gut 0 ambivalent 0 schlecht 0 wissen wir nicht

23. Haben Sie als Vermittlungsstelle schon einmal Probleme mit der Polizei oder sonstigen Sicherheitsbeauftragten Ihrer Stadt gehabt?

10 nein 1 ja



Landeshauptstadt
München
Sozialreferat

Stelle für
interkulturelle Arbeit

„Wir haben Sie nicht vergessen...“

10 Jahre Umgang mit Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
in der Landeshauptstadt München

Das Münchner Modell

